



STAATSKANZLEI

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Mittwoch, 03. Juli 2013

Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Landtag Rheinland-Pfalz

(Aktuelle Stunde „Abhöraktionen der NSA in Deutschland und deren Auswirkungen in Rheinland-Pfalz“)

Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen,

Anfang Juni dieses Jahres berichteten die amerikanische Zeitung „Washington Post“ und der britische „Guardian“ über ein Programm zur Überwachung und Auswertung von elektronischen Medien und elektronisch gespeicherten Daten, genannt PRISM. Dieses Programm, das von der National Security Agency (NSA), einem der Auslandsgeheimdienste der Vereinigten Staaten von Amerika, betrieben wird, soll eine umfassende Überwachung von Personen innerhalb und außerhalb der USA ermöglichen, die digital kommunizieren.

Dabei greift die NSA offenbar unter anderem auf Daten verschiedener großer Internetfirmen wie Microsoft, Google oder Facebook zu.

Seither gibt es immer neue Medienberichte über Art und Umfang der Kommunikations- und Datenüberwachung durch amerikanische und britische



PRESSEDIENST

Geheimdienste. Laut Presseberichten würden durch die NSA in Deutschland monatlich rund eine halbe Milliarde Kommunikationsverbindungen überwacht. Darunter verstehe die NSA Telefonate, Mails, SMS oder Chat-Beiträge.

Auch in Rheinland-Pfalz sind viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen besorgt und verunsichert. Dies ist ein zutiefst besorgniserregender und beängstigender Vorgang.

Wenn sich die jetzigen Informationen bewahrheiten, dann ist dieses eine Aushöhlung und Bedrohung und gefährdet unsere Rechtsordnung in einem noch nie da gewesenen Maße!

Die Verschmelzung von militärischer, geheimdienstlicher und wirtschaftlicher Logik durchdringt so jeden Winkel unserer Privatsphäre, ohne dass sich die Betroffenen mit rechtsstaatlichen Mitteln dagegen wehren könnten.

Das hinterlässt bei vielen von uns ein Ohnmachtsgefühl. Das ist die Perversion von Transparenz und Freiheit.

Der Schutz personenbezogener Daten wird als Grundrecht nicht nur im Grundgesetz, sondern auch in Art. 4a der Verfassung für Rheinland-Pfalz und in Art. 8 der Europäischen Grundrechtecharta gewährleistet. In Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz haben wir einen hohen Standard des Datenschutzes, in Europa sind wir gerade dabei, mit der europäischen Datenschutzgrundverordnung einen vergleichbaren Rechtsstandard zu erarbeiten.

Ich appelliere daher an die Bundesregierung und die Abgeordnete des Europaparlaments keinem Abkommen zuzustimmen, das hinter das bestehende, deutsche Datenschutzrecht zurückfällt.

Nur wenn wir einen nennenswerten Datenschutzstandard in Europa sicherstellen, können wir glaubhaft entsprechende Schutzstandards auch von anderen einfordern.



PRESSEDIENST

Aber ich sage auch, bei aller berechtigten Kritik dürfen wir jetzt aber auch nicht in Antiamerikanismus verfallen.

Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen um die Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses, der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Und gerade deshalb sehen wir uns in der Verantwortung unseren Freunden in den USA zu verdeutlichen, dass dieses Vorgehen dem Ansehen der USA in Deutschland und in der Welt zutiefst schadet.

Ich bedauere sehr, dass dieses Thema in den USA offenbar nicht den Stellenwert hat, der aus unserer Sicht notwendig wäre.

Ich werde bei allen Gelegenheiten darauf hinweisen, dass wir gerade in freundschaftlicher Verbundenheit mit den USA, die für viele Menschen als Sinnbild für Demokratie und Freiheit stehen, die Anerkennung rechtsstaatlicher Standards erwarten.

Das heißt für mich: geheimdienstliche Aktivitäten dürfen sich nur auf elementare Bedrohungen wie organisierte Kriminalität oder internationalen Terrorismus beziehen und müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Maß und Mitte müssen gelten, die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt sein.

Ich schließe mich ausdrücklich den Forderungen des Luxemburgischen Außenminister Asselborn an, der verbindliche Garantien für Europa fordert.

Ich erwarte von der Bundeskanzlerin, dass sie jetzt gegenüber den USA klar und unmissverständlich reagiert und gemeinsam mit den Staaten der EU auf die USA einwirkt, um dieses alpträumhafte Überwachungsprogramm zu stoppen.



PRESSEDIENST

Lassen Sie mich mit einem Zitat des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Dieter Grimm schließen: „Der allwissende Staat wird schnell zum allmächtigen Staat. Freiheit gibt es dagegen nur im begrenzten Staat.“